

Sozial-Beitung.

Zweimalwöchentliches Organ.

Redaktion und Druck-Verlag: Halle a. S., Brunnstraße 17...

Nr. 567.

Halle a. S., Donnerstag, den 3. Dezember

1908.

Die Verfassungsanträge im Reichstage.

174. Sitzung vom Mittwoch, 2. Dezember.

Am Tische des Bundesrates: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Rieberding, Dernburg, Graf Lerchensfeld, v. Arnshölzer uim.

Haus und Leibniz sind hart bekehrt. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen die Initiativanträge der Freilivnigen, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen auf Abänderung der Verfassung...

Der Antrag der Sozialdemokraten über die Verantwortlichkeit des Reichstanzlers enthält neuer Artikel. Artikel 17 lautet nach diesem Antrage: Der Reichstanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten will die Kriegserklärung von der Zustimmung nicht nur des Bundesrates, sondern auch des Reichstages abhängig machen.

Der Antrag der Polen verlangt die Berufung des Reichstages, sobald je von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.

Zur Geschäftsordnung fordert der Antrag der Freilivnigen eine durchgreifende Revision insbesondere in der Richtung, daß bei Befreiung von Interpellationen die Stellung von Anträgen zugelassen wird.

Der Präsident erteilt das Wort dem Stellvertreter des Reichstanzlers,

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Mr. S! Gestatten Sie mir gleich bei Beginn Ihrer heutigen Beratungen wenige Worte, um die Stellung der Verbündeten Regierungen zu kennzeichnen. Der Ausgangspunkt der vorliegenden Anträge scheint die Verantwortlichkeit des Reichstanzlers zu sein.

den Wert der Verbündeten Regierungen darauf legen, auch durch den unmittelbaren Eindruck von Ansichten und Stimmungen dieses hohen Hauses Ihren Entscheidungen besondere Unterlagen zu gewähren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (frei. Volksp.):

Ich beantrage namens der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft, sämtliche Anträge an die auf 28 Mitglieder verstärkte Geschäftszusammenkunft zu verweisen. (Lebhafter Beifall bei n. B. l. o. d.)

Am englischen Parlament erheben sich die kurzen Anfragen an die Regierung großer Popularität; auch der deutsche Reichstag muß Gelegenheit erhalten, durch kurze Anfragen auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik die Anschauungen der Verbündeten Regierungen kennen zu lernen.

Die bekannte Erklärung im „Reichsanzeiger“ im Anblich an unsere Verhandlungen vom 10. und 11. November hat in uns trotz der auffallenden Kürze und Unklarheit die Hoffnung erweckt, daß die in Betracht kommenden maßgebenden Faktoren bereit sind, den verfassungsmäßigen Weg zu geben.

Die Verbündeten Regierungen dem Parlament entgegenkommen werden.

Da das bisher nicht geschehen ist, fragen wir es für nötig, die Initiative auch im Einzelnen zu ergreifen und den Anträgen der Sozialdemokratie, der uns nach verschiedenen Richtungen notwendig annahmbarer erscheint, auch unsererseits eine Vorlage entgegenzustellen.

Die beste Begründung für die Berechtigung unseres Antrages hat der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

Der Reichstanzler selbst in seiner Rede über die Reichsfinanzreform gegeben, als er sagte, daß die Gründung des Reiches die Grundsteinlegung, der Entwurf des Grundrisses und die Ausführung der Grundmauern war.

daß er es nicht mehr lange aushalten könnte. Aber dann würde ja das Recht des Parlaments von der überflüssigen und

Herrenkonstitution des Reichstanzlers abhängen, dann wäre die Idealfigur für den Reichstanzler der bekannte Mann mit den kurzen Haaren, der das Spielbrunnenlaufen vor dem Parlament und der öffentlichen Meinung häufig ausfällt.

Man hat schon 1867 vor einer Scheinverfassung gemauert. Sie erinnern an Schuppe-Dehlig und an den späteren preußischen Finanzminister Miquel.

Leider haben die Warnungen damals nichts geholfen. Gneist sagte: Wenn die Verfassung fertig ist, dann sollen unsere Nachkommen das Siegel auf diese Verfassung mit der rechtlichen Verantwortung legen.

Die Verfassung ist bereits vollkommen durchgeführt, ebenso eine komplizierte Reichsgegebung. Sollte nun nicht die Zeit da sein, daß die Frucht reif ist, daß wir auch zu wirklichen konstitutionellen Zuständen im Deutschen Reich gelangen?

(Sehr richtig! links.) Fürst Bismarck hat leider zu spät die Mängel des von ihm selbst geschaffenen Scheinkonstitutionalismus eingesehen. Er hat wiederholt nach seiner Entlassung zu gegeben, daß er die Krone zum Schaden des Vaterlandes zu hart gemacht habe.

Zwei Momente haben damals die Parlamente bewogen, die Regelung der Ministerverantwortlichkeit leider hinauszuschieben. Das eine: das große Vertrauen, das man nach den zweifelslosen Siegen der preußischen Waffen dem gestalteten Schieber der Verfassung entgegengebracht hat.

Das andere Moment, das muß offen eingestanden werden: daß die rechtliche Ministerverantwortlichkeit in den einzelnen Bundesstaaten von wesentlicher Bedeutung nicht hatte.

Aber danach den Wert der Ministerverantwortlichkeit einschätzen zu wollen, wäre grundverfehlt. Eins steht unter allen Umständen fest: Je größer der politische Einfluß der Parlamente ist, desto wichtiger ist die rechtliche Ministerverantwortlichkeit.

Wenn in England durch ein einfaches Mißtrauensvotum, durch den Abbruch von 1 W. d. Sterling ein Minister zu Falle

gebracht werden kann, dann ist der weite Weg eines gerichtlichen Verfahrens vollkommen unnötig. So lange das englische Parlament noch nicht die große Macht hatte wie heute, war von der rechtlichen Ministerverantwortlichkeit sehr viel die Rede.

Seit zwei Jahrhunderten hat das englische Parlament nicht nötig, solche Prozesse zu führen, da es die tatsächliche Macht besitzt. Sei uns in Deutschland ist das ganz anders. Die historische Entwidlung zeigt aber, daß ohne die Ministerverantwortung ein dauernder konstitutioneller Friede nicht möglich ist.

Der Monarch kann nicht überleben. Das heißt, daß ein anderer die Verantwortung übernehmen muß. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum eines Monarchen und eines Ministers zugleich, zu glauben, daß der König nicht Unrecht tun kann.

Dann fände man zu der wichtigsten Idee der rein persönlichen Unfehlbarkeit. Das kann unter keinen Umständen dem modernen Staatsrecht zugemutet werden. Der deutsche Kaiser ist nach der Verfassung nicht Souverän von Deutschland, er ist primus inter pares, ist die Präzident-gewalt, Vorsitzender des Bundesrats.

(Zulimmendes Rufen am Nebenbühnen-Rednerpult.) Der Standpunkt der Verfassung, das bloße Ernennungsrecht der Gegenzeichnung für Anordnungen und Verfügungen des Kaisers genügt heute nicht mehr, um so weniger, als bei uns die Regierungsgeschäfte im Umherreisen geführt werden.

(Sehr wahr!) Die Notwendigkeit einer persönlichen Ausdehnung der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers hat Fürst Bismarck selbst in seiner Rede vom 19. Januar 1903 eingeräumt. Es handelte sich damals um die Klagen bezüglich

persönlicher Bemerkungen des Kaisers. Fürst Bismarck erklärte, er nähme keinen Anstand, zu sagen, daß ein gleichzeitiger Reichstanzler nicht würde im Amt bleiben können, wenn er Dinge nicht verhindern könnte, die dem Wohle des Reiches zu schaden geeignet wären.

In dieser Rede liegt die Quelle der materiellen Ordnung der Dinge, welche wir vorlagten. Wir haben das, was Fürst Bismarck als moralische Pflicht des Reichstanzlers zugestanden hat, zur staatsrechtlichen Pflicht gemacht. Wir müssen danach verlangen, eine Sanktion für alle politischen Handlungen des Kaisers in seiner Eigenschaft als Inhaber der Präzidentgewalt.

In einzelnen wird die Begrenzung der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers für die Rundgebungen des Kaisers oft nicht ganz leicht sein.

Der Redner wendet sich rückwärts: Es ist doch eine auf fallende Erscheinung, daß es immer wieder dieselben Herren der Verbündeten Regierungen und des Bundesrates sind, welche durch laute Gelächre hier die Verhandlungen stören. (Lolche des Präsidenten. Sehr richtig! und Unruhe.)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, überlassen Sie doch mir, für die Ruhe des Hauses zu sorgen. (Große Unruhe im Hause. Glolche des Präsidenten.) Mein Herrn, ich bitte um Ruhe. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Der Anlaß für eine Rundgebung ist für die Verantwortlichkeit vollkommen irrelevant.

Bei einer Rekrutenvereinigung kann z. B. eine hochpolitische Rundgebung erfolgen, für die der Reichstanzler dann die Verantwortlichkeit zu übernehmen hätte.

Noch schwieriger ist die Unterscheidung zwischen rein privaten und politischen Rundgebungen des Kaisers. In Italien hat seit der Ministerpräsident nicht für die Handlungen des Königs als Mensch, sondern nur als Staatsoberhaupt. Wenn der König über eine künstlerische Richtung sich äußert, würde der Minister dafür nicht haftbar gemacht werden können.

lungen des Staates, dann würde der Minister zur beratigen Handlung des Reichstages einmünden haben. Genau dieselbe Stellung verlangen wir für unsere Verhältnisse in Deutschland. (Sehr richtig! links.) Es soll nach unserem Antrag gegen den Reichsantrag

gegen den Reichsantrag

erhoben werden wegen Verletzung der Reichsverfassung, wegen unzureichender Sicherung der Sicherheit und Wohlfahrt des Reiches durch pflichtmäßige Handlungen oder Unterlassungen. Auf die Verletzung der Reichsverfassung kann sich die Ministerverantwortlichkeit nicht beschränken. Es gibt die Möglichkeit, die Verfassung zu verletzen, d. h. ihren Geist auf den Kopf zu stellen, ohne daß nur ein Buchstabe ihrer Verfassung tangiert wird. In der Verfassung steht z. B. nichts davon, daß der Monarch über den Parteien zu stehen hat und sich nicht in den täglichen Streit einmischen soll, trotzdem handelt es sich um fundamentale Sätze des ganzen Verfassungsrechtes. Unsere Forderungen entsprechen auch dem Verfassungsrechte föderaler konstitutioneller Staaten der Welt. Wir haben die Vorzüge entnommen der spanischen Verfassung, aber auch die französische und englische Verfassung kennt sie, ebenso Belgien, Dänemark, Ungarn, Norwegen und Schweden usw. Wir gehen nicht so weit, wie Herr Bismarck in seiner Rede vom 19. Januar 1903, wir beschränken keine Haftung auf die unzureichende Sicherung der Sicherheit und der Wohlfahrt des Reiches. Als logische Folge der Ministerverantwortlichkeit würden nach unserer Ansicht auch verantwortliche Reichsminister zu fordern sein. Ein einzelner Mensch, selbst wenn er die Intelligenz eines Stein, Hardenberg, Bismarck in sich vereinigt, kann nicht allein die materielle Verantwortung für den Apparat der Reichsverwaltung übernehmen. (Sehr richtig! links.) Darum brauchen wir verantwortliche Reichsminister, keine unverantwortlichen Sprechminister. Dadurch wird die Stellung des Reichsantrags nicht wesentlich geschwächt werden. Es schwebt uns die mächtige Stellung des englischen Ministerpräsidenten vor. Wir wollen ihn nicht etwa auf die Stellung des preussischen Ministerpräsidenten herabdrücken, dessen einziges Recht, wie Bismarck erklärte, es ist, oben am Tische zu sitzen.

Auch die Stellung des Schatzsektors muß gehoben werden. (Sehr richtig! links.) Das Fortwähren mit dem Scheinkonstitutionalismus muß ein Ende haben. Das Parlament muß mehr Einfluß bekommen, dann wird auch die Parteienfraktionierung im Reichstage aufhören. Dann werden wir auch fähige Minister haben, die Konkluden gewonnen sind und nicht hineintreten mit der mangelnden Ehrlichkeit gewisser Tiere. Mit unseren Anträgen wollen wir das Reich vor inneren und äußeren Konflikten sichern. Die Stellung des Reichsantrags wird dadurch gegenüber den Anforderungen unverantwortlicher Stellen nur verbessert werden. Nun ist von einem Teile der Presse eine geradezu gemeingefährliche Agitation gegen unsere Anträge entfacht worden. Es sieht, das Ansehen des Monarchen werde geschädigt. Das ist unrichtig. Als die Mutter des Kaisers ein Epöse über die Ministerverantwortlichkeit ausgearbeitet und ihrem Vater, dem Prinzenpalast Albert, überreicht hat, erhielt sie von ihm zur Antwort: Die Idee, daß die Verantwortlichkeit seiner Rathgeber des Monarchen Ansehen und Würde schädige, ist ein völliger Irrtum. — Das ist auch unsere Anschauung. Unsere Verfassungsbeiträge müssen endlich vollen Erfolg haben zum Wohle des Volkes, zum Segen des Deutschen Reiches. (Lobeshafte Beifall! b. d. Treffe.)

Abg. Spahn (Zentrum):

Den letzten Ausführungen des Vorredners kann ich nur voll zustimmen. Wenn in der bekannten Erklärung im Reichsanzeiger ausdrücklich die Verantwortlichkeit betont wurde, so verleiht es sich von selbst, daß es sich niemals um eine Verantwortlichkeit des Kaisers handeln kann, denn dieser ist an sich unverantwortlich. Also nur um die Verantwortlichkeit seines Rathgebers, des Kanzlers. Auf diese allein kommt es an. Deshalb hat es mich auch befremdet, daß der Stellvertreter des Reichsantrags, Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, auch heute noch sagt, daß die Verbündeten Regierungen, die sie Stellung nähmen, erste nach die Verurteilung dieses Hauses abwarten wollten. Richtig ist, daß der Norddeutsche Reichstag seinerzeit die formaljuristische Vorfrage über die Selbstbindung der Verantwortlichkeit abgelehnt hat. Aber, m. S. er hat es, wie seinerzeit Reichsminister erzählt hat, nur getan um den Preis, daß der Abg. Müller erklärte, es für angelegentlich, einzelne Staatssekretäre ebenfalls selbständig verantwortlich zu machen. Da möchte ich aber doch an das Wort Bismarcks erinnern, daß er selbst verantwortlich dafür sei, daß an der Spitze der Reichsämter geeignete Männer ständen. Der Antrag ist doch die Ministeranfrage nur zulassen bei Verletzung der Reichsverfassung und bei Gefährdung der Sicherheit und Wohlfahrt des Reiches. Die Beschränkung auf die Reichsverfassung ist zu eng. (Sehr richtig!) Durch die Verletzung der Reichsverfassung müßte die Anklage erhoben werden können. Wenn es weiter in dem Antrag heißt, daß der Reichsantrag hätte für seine Ausführung und für alle Handlungen des Kaisers, die die innere oder äußere Politik des Reiches zu beeinflussen geeignet seien, so glaube ich, wir lassen den Artikel 17 einfach so wie er ist und fügen ihm nur diese letztere Erweiterung der Verantwortlichkeit „auch auf jene Handlungen des Kaisers“ hinzu. Auf die Frage des Staatsgerichtshofes gebe ich gar nicht näher ein, sie würde jedenfalls noch zu erörtern sein. Redner erklärt sich dann gegen den Antrag, wonach auf Verlangen ein Drittel der Mitglieder der Reichstag einzuweisen sei. Wir wollen die Verfassung als solche nicht ändern, sondern nur in jenen Punkten ergänzen, wo wir glauben, daß dies schon im Sinne der Schöpfer der Verfassung gelegen hat. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Als die unglücklich kritisierte Note in der „Norddeutschen Allgemeinen“ erschien, glaubten wir, der Reichsantrag würde sofort erscheinen, um Aufschluß zu geben, was die Note bedeute. Aber nicht einmal bei der Finanzreform-Beratung nahm er die Gelegenheit wahr. Und heute überläßt er es dem Herrn v. Bethmann-Hollweg, ausgelacht diesem Herrn (Härmische Seiterkeit), den Reichstag mit diplomatischen Redensarten hinzuhalten. Das schenken zur Selbstbeichtigung des mündigen Volkes ist nichts. Das einzige, was erreicht ist, ist — nämlich, etwa die Verzichtleistung auf autoritative Denkmäler. (Seiterkeit!) Aber die Zeitungen hoffen und harren natürlich weiter, wie bisher. (Seiterkeit!) Auf die neulichen Debatten will ich nicht zurückkommen. (Arie! A!) Glauben Sie doch nicht etwa, daß ich das letzte ködende Verstehen noch weiter drücken werde. (Große Seiterkeit.) Das persönliche Regiment ist ja nur die Begleiterscheinung unseres ganzen Scheinkonstitutionalismus. Feststellen will ich aber den endlichen völligen Zusammenbruch dieses ganzen bürokratischen Systems. Dieser Zusammenbruch ist selbst den besten Deutschen klar geworden. (Zwischenrufe rechts.) M. S., mit den besten Deutschen meine ich Sie doch nicht! (Stürmische Seiterkeit.) Und das alles 100 Jahre nach Stein, 100 Jahre nachdem schon Stein mit der Schreibmaschine aufgefunden hat. (Zuruf! Arie! Arie!) Aber die Redemalchinerie haben wir, dachte ich, schon vor 14 Tagen genug getroffen. (Seiterkeit.) Wenn weiter nichts geschieht, als was uns in der Erklärung der „Nordd. Allg.“ zugesichert wurde, so ist damit nichts gebessert, sondern es bleibt alles beim Alten. Wir werden in der inneren und äußeren Politik

nicht gebessert. Unsere Regierung im Umhergehen wird weiter stehen von Blamage zu Blamage. (Große Seiterkeit.)

Mit der Reichsanfrage Expedition habe die Politik. Jetzt möchten Sie längst aus diesem Dreckneß Klauenschweif wieder heraus. (Seiterkeit.) Diese bürokratische Politik ist nach außen zusammengebrochen und eben so nach innen. 500 Millionen brauchen Sie jetzt von den Steuerzahlern. Und da appellieren Sie an „brennende lebensschaffende Vaterlandsliebe“. Befähigen Sie diese lebensschaffende Vaterlandsliebe selber, so würden Sie ihre Affen zusammenpacken und aufhören, zu regieren! Nur eine Hilfe gibt es: der Reichstag muß seine Machtmittel benutzen, gerade in diesem Augenblick, und es erzwängen, daß die Minister aus der Mitte des Reichstages heraus ernannt werden. (Auf rucklos! Sozialdemokraten!) Kein Wort kommt selbstverständlich nicht in Betracht. (Seiterkeit.) Doch es zu einem parlamentarischen Regiment kommen muß, das ist sicher. Und wenn es der jetzige Reichstag nicht erzwingt, wird ein künftiger Reichstag es erzwingen. Die Ministerfabrikation findet bei uns in einer Dunkelkammer statt, aus der die Herren auf einmal auftauchen. So z. B. Herr v. Boddewitz als Postminister. Weshalb gerade als Postminister? Wahrscheinlich weil gerade keine andere Stelle für den dortverbleibenden Stappeler offen war. (Große Seiterkeit.) Bald darauf war er Landwirtschaftsminister, dafür nahm er ja allerdings auch er doch Schweinefleisch. (Seiterkeit.) Leider hören wir ihn nicht mehr mit seinen merkwürdigen, über die Grammatik hinausgehenden schönfärblichen Reden, denn schließlich hat er sich bei Tinseltal vor den Reichstag gestellt. (Große Seiterkeit.) (Stürmische Beifall) bietet, nicht so persönlich zu werden, sondern zur Sache zu sprechen. Erlauben Sie, Herr Präsident, daß ich meinen Beobachtungslage. (Präsident! Arie! Arie!) Ich bitte ebenfalls, nicht so auf Personen einzugehen. Nun, meine Herren, ein Herr Reichsantrag (Stürmische Seiterkeit), der ernannt wird, ohne daß bisher in der Öffentlichkeit auch nur im geringsten verlautet hätte, welche Ueberzeugung er hat, das ist doch anderwärts geradezu etwas Unmögliches! (Sehr richtig!) Nehmen Sie unsere Anträge an, so würde es einfach eine Notwendigkeit sein, den Reichsantrag zu ernennen, die das Vertrauen der Volkserziehung haben. Also: Ein Herr Reichsantrag (Stürmische Seiterkeit) sagte einst: Meine Herren, Sie kennen mich ja noch gar nicht, warten Sie ab, wie der Hahn läuft! (Seiterkeit.) Also ein Mann, den man nicht kennt, wird Kanzler? So etwas durfte sich kein Reichstag, durfte sich kein reines Volk gefallen lassen. (Sehr richtig! links.) Das war eine der schwersten Pronationen des Reichstages. (Sehr richtig! links.) In einem Votum, das wirklich selbst in letzter Linie über seine Gesichte entschied, dürfen nur Männer an die Regierung kommen, die eine Ueberzeugung, einen Charakter haben, die als Person ein Programm vertreten. Wer wurde aber damals, als Herr Bismarck zwischen Himmel und Erde schwabte, als ausgereicherter Reichsantraglandbar genannt? Zunächst ein General, dessen staatsmännliche Regung darin bestand, daß er gewohnt war, dem Kaiser die Hände zu fassen. (Seiterkeit.) Und dann ein hoher Aristokrat, von dem erzählt wird, daß seine diplomatischen Fähigkeiten darin bestanden, daß er im intimen Verkehr sich eine wässrige Nase ansetzen ließ, die er dann unter der Nase des Gastwirths langsam abtropfen ließ. Die Frage der Zusammenlegung des Staatsgerichtshofes ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß der Staatsgerichtshof besteht. Wenn er besteht, dann ist es in einem modernen Staat überhaupt ausgeschlossen, daß er in Funktion tritt. Die ganze Bedeutung dieser Bestimmung liegt in ihrem Bestehen. Die Anträge, die wir zur Selbstorganisation eingebracht haben, sollen vor allem die Macht des Reichstages stärken. Vorläufig gilt doch Preußen allein im Reiche. Preußen kann mit einem großen Staatesystem vergleichen, das Reich macht nur die Dependancen aus. Unter der Maske der Bundesregierung werden die Interessen der Bundesstaaten verkehrt. Wo wir der bayerische Gesandte, als hier über die Selbstorganisation verhandelt wurde, die die bayerischen Interessen so schwer schädigt. (Während die Zustimmung der Soz. und im Zentrum.) Wichtig ist er im Bundesrat einen sanften Widerstand hat erlassen, er ist aber untergepflichtig worden, als quantitativ neuzubehalten. Ja, wenn es sich um die Interessen von ein paar hinterkommenden Junkern handeln würde (Wärmende Zustimmung der Soz.), da würde ich alles aufbäumen und Protest erheben. (Beifall der Soz.) Dieser Regierung dürfte kein Großen bemittelt werden, ehe sie sich nicht zu einer Reform der Verfassung entschließt. Was sollte sie denn tun, wenn eine Mehrheit des Reichstages jede Bewilligung ablehnen würde. Das könnte weiter, sie gäbe nach, aber das könnte hat ja die Regierung nie getan. (Seiterkeit.) Sie würde sich also widersetzen. Wahrscheinlich würde ein anderer Reichsantrag am Ruder sein. (Zuruf! Bismarck wird sich doch nicht überhört schon nach Klein-Klotzberg zurückgezogen haben. (Seiterkeit.) Man würde den Reichstag auflösen. Etwas Besseres könnte es aber für die Parteien nicht geben, als die Parole: Fortführung des bisherigen unzulässigen Systems der Durchführung des demokratischen Parlamentarismus. (Lobeshafte Zustimmung der Soz.)

Abg. Graf von Helldorf (Soz.):

Es muß ganz Ernst gemacht werden, nur eine Aenderung der Verfassung kann die unheilbaren Zustände beseitigen und in diesem Sinne haben wir unseren Antrag gestellt.

Abg. Gund (N.):

Namens meiner politischen Freunde habe ich die ganz bestimmte Erklärung abgegeben, daß wir bereit sind, daran mitzuwirken, daß ein Verantwortlichkeitsgesetz zustande kommt. Noch wichtiger erscheint uns, daß die Selbstorganisation in der vorge schlagenen Weise abgeändert wird. Unannehmbar ist für uns der Antrag, daß zur Kriegserklärung die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist. Wir lehnen es auch ab, daß die konstitutionelle Frage und die Reichsfinanzreform zugleich erledigt werden müssen. Wir glauben, daß die Ministerverantwortlichkeit des Ministers der Schlüssel ist an dem Gebäude einer konstitutionellen Monarchie.

Abg. v. Dierßen (Sp.):

Im allgemeinen find wir mit dem mahdollen Aeußerungen des Vorredners einverstanden. Fraglich ist nur, ob der vorge schlagene Weg zweckmäßig ist und ob der Zeitpunkt für die Ministerverantwortlichkeitsgesetz gerade der richtige ist. (Zustimmung rechts.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Gen. und Personalnachrichten.

* Berlin, 2. Dez. Prinz August Wilhelm von Preußen wurde heute mittag an der hiesigen Universität durch den Rektor Kahl immatriculiert und in der Rechtsfakultät eingeschrieben.

Parlamentarische Regierung.

In dem neuesten Heft des „März“ behandelt Professor Otto Harnack die Frage der parlamentarischen Regierung. In der alleinigen Verantwortlichkeit

des Kanzlers, dem Mangel eines ihm beigeordneten Ministeriums, steht er den letzten Grund des unparlamentarischen Zustandes, in dem das Deutsche Reich lebt:

Denn die alleinige Verantwortlichkeit ist tatsächlich ein leerer Begriff geworden, der sich von der Unverantwortlichkeit nicht unterscheidet. In einem parlamentarisch regierten Lande, wo jeder Minister für sein Ressort verantwortlich ist, muß ein einzelner Minister oft genug die praktischen Folgen seiner Verantwortlichkeit spüren. Hat er das Vertrauen der Kammer verlohren, so scheidet er aus, wie jüngst in Frankreich der Marineminister; das Ministerium nimmt formell seine Entlassung und konstituiert sich wieder ohne ihn. Im Deutschen Reich aber würde es ja so ganz unmöglichen und widerwärtigen Zuständen führen, wenn der Reichstag, sobald er mit der Leitung eines Ressorts unzufrieden wäre, immer auf den Rücktritt des verantwortlichen Kanzlers dringen wollte! Wo so führt die alleinige Verantwortlichkeit in Wirklichkeit zur Unantastbarkeit. Aber auch das, wo man den Kanzler verantwortlich machen wollte, ist er tatsächlich nicht leger. Das liegt an dem völlig konsequent ausgebildeten System der Stellvertretung, das auch schon durch Bismarck ganz nach seinen persönlichen Bedürfnissen geschaffen worden ist. Es ist ein bringendes Bedürfnis für die Entwicklung des Reiches, was Conrad Haugmann neulich mit trefflichen Worten im Reichstag gefordert hat: die Schaffung eines kollegialischen verantwortlichen Reichsministeriums, die Aufhebung eines Zustandes, der unter Bismarck eine gewisse persönliche Befähigung hatte, unter seinen Nachfolgern aber zu ganz unangenehmen Zuständen und schiefen Verhältnissen geführt hat. Aber freilich, die Institution allein macht es auch nicht, und wir müßten zugleich einen Reichstag erhalten, der es auch verstände, die formelle Verantwortlichkeit zur Wirklichkeit zu machen.

Harnack zeigt am Verlauf der letzten Kriess wie wenig der Reichstag diese Aufgabe bisher erfüllt hat. Ein Regierung nach parlamentarischem System bliebe die beste, jeder politischen Situation angepaßte Methode.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zur Reichsfinanzreform.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in einem längeren Artikel zu den Verhandlungen der Reichsfinanzkommission für die Reichsfinanzreform: Die Vorlagen hätten bei der Erstellung eine zunehmende Erklärung für alle Einzelheiten nicht finden können; doch sei die Notwendigkeit einer gründlichen Reichsfinanzreform, wie die von der Regierung begehnten allgemeinen Grundlinien für die Ausarbeitung der Bedingungsstellen unangefastet geblieben. Beide Seiten des Hauses hätten die Berechnungen erkennen lassen, die Maßnahmensmittel Brantwein, Bier und Tabak und unter Umständen auch den Wein zur Bekämpfung heranzuziehen sowie angemessene Ausgaben auf den Besitz zu legen. Dies sei nicht zu unterschätzen. Abgesehen von der Sozialdemokratie und den Polen sei von allen Parteien der feste Entschluß bezeugt worden, alles brauchbares zu schaffen. Grundständige Meinungsverschiedenheiten der bürgerlichen Parteien werde die Kommission also nicht zu überwinden haben. Die Aufgabe des Reichsfinanzsekretärs wird es sein, der Kommission die genauen Ziffern der aufgestellten Bedarfsrechnung zu geben und nachzuweisen, daß eine Ueberparierung der unabweislichen Bedürfnisse nicht vorliegt. Auch die Frage der Sparmittel wird breit erörtert werden müssen. Schließlich wird der Schatzsekretär nach vorläufiger Prüfung diejenigen ausgewählt finden, welche bei tüchtig getrimmter Erziehung des Wirtschaftlichen den notwendigen Ertrag aufzubringen geeignet sind. Verbesserungen könnten natürlich gemacht werden. Immerhin müssen schon bei Beginn der Kommissionsberatungen die Forderungen gestellt werden, daß ihr Ziel eine gründliche und dauernde Sanierung der Reichsfinanzen sei. Es müsse vermieden werden, daß das Deutsche Reich in wenigen Jahren wieder vor tiefen Kalamitäten stehe. Selbst die Hilfe nicht mehr, dafür sieht zu viel auf dem Spiel. Der nötige Bedarf müsse voll und ganz bewilligt werden.

Die Wahlrechtsdebatte in der sächsischen Kammer.

Aus Dresden meldet man dem Woffischen Bureau: Die 3. Kammer nahm nach längerer Debatte S. 10 der Eventualvorlage, der die Wähler in Folge mit einer Stimme und solche mit vier Stimmen scheidet mit 40 gegen 37 Stimmen an. Der Antrag André und Genossen, der eine dritte Wählergruppe bildet, wonach den Wählern, die das 50. Lebensjahr erreicht haben, eine Zusatzstimme gewährt wird, wurde mit 42 gegen 35 Stimmen angenommen. Die Anträge der Winderbeit wurden abgelehnt. Damit ist die Eventualvorlage in der Fassung der Mehrheit angenommen.

Noch ein Opfer.

Wie die „Magdeburger Post“ hört, wird der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Dr. Sternich auf seinen Vortagen voraussichtlich nicht zurückkehren. Er will übrigens bereits wieder in Berlin und spricht täglich, wenn auch außerdienstlich, im Auswärtigen Amte vor.

Aus den Kolonien.

Cod des Schutztruppenoffiziers Reuter in Kamerun.

Aus Kamerun wird soeben der Tod des Leutnants Reuter von der dortigen Schutztruppe gemeldet. Der Verstorbene hat zuletzt den durch die Dumeation (Kamerun) an der Mündung des Dume in den haben errichteten Posten befehligt. Von dem deutschfreundlichen Oberhäuptling der Bauri gegen Auswanderungsbestrebungen nach französischer Seite zu Hilfe gerufen, war Leutnant Reuter in den ersten Septembertagen dorthin aufgebracht. Während er vom Bauri-Oberhäuptling selbst freundlich aufgenommen wurde, zeigten die dabei stehenden Stämme dem deutschen Offizier eine feindselige Haltung, die den deutschen Offizier zur Umkehr bewegen zu haben scheint. Offenbar wollte er unangenehme Entwicklungen aus dem Wege gehen. Auf dem Rückmarsch zum Bauri wurde Reuter in der Nähe eines Flusses bei dem Orte Bauri plötzlich heftig angegriffen. Zwar gelang es dem energischen Führer, diesen Angriff zurückzuweisen,

aber nicht nur seine schwache Abtheilung erlitt bedeutende Verluste (von 17 Soldaten 3 Tote, 3 schwer- und 7 leicht Verwundete) sondern auch Reuter selbst wurde durch einen Hieb in die linke Seite schwer verwundet. Der mit Schütz in die linke Seite schwer verwundet. Der mit Schütz in die linke Seite schwer verwundet. Der mit Schütz in die linke Seite schwer verwundet.

Husland.

Standrecht über Prag.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Abend-Ausgabe kurz mittheilten, ist über Prag laut Verfügung vom 2. Dezember das Standrecht verhängt worden. Die amtliche Kundmachung hat folgenden Wortlaut:

„Im Einverständnis mit dem Präsidenten des k. f. Oberlandesgerichts und dem Stellvertreter des k. f. Oberstaatsanwalts in Prag verfüge ich auf Grund des § 429 der Strafprozessordnung die Verhängung des Standrechts für Prag sowie die Gerichtsbefugnisse Karolinenthal, Smichow, Weinberge, Nusle, Michowitz und Jiskow bezüglich des im § 73 des Strafgesetzes vorgesehener Verbrechen des Auftrahs. Dies wird mit dem Befehl kundgemacht, daß sich jedermann von allen aufrührerischen Zusammenrottungen, allen Aufreizungen hierzu und aller Teilnahme daran zu enthalten hat und den zur Unterdrückung dieser Ansammlungen ergehenden Anordnungen sich zu fügen hat, während jeder, der sich nach der gegenwärtigen Kundmachung deselben Verbrechens schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft wird.“

Prag, 2. Dezember 1908.

Graf Coudenhove, Statthalter.

Nach der österreichischen Strafprozessordnung wird das Standrecht in Fällen des Auftrahs verhängt, wenn die übrigen gesetzlichen Mittel zu dessen Unterdrückung nicht ausreichen. Die Verhängung des Standrechts ist im Falle des Auftrahs mit dem Befehle zu verbinden, daß sich jedermann von allen aufrührerischen Zusammenrottungen, allen Aufreizungen hierzu und aller Teilnahme daran zu enthalten hat und den zur Unterdrückung dieser Verbrechen ergehenden Anordnungen sich zu fügen habe; Jamberehandeln werden standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft. Als Regel ist zu beobachten, daß nur solche Personen von dem Standrecht gestellt werden, die entweder auf der Tat ergriffen oder hinsichtlich derer sich erwarten läßt, daß der Beweis der Schuld gegen sie ohne Verzug werde hergestellt werden können. Der Beschuldigte ist lediglich nach seiner Erziehung vor das Standgericht zu stellen. Die längste Dauer des Verhaftens ist auf drei Tage festgesetzt. Wird der Beschuldigte einstimmig für schuldig erklärt, so hat das Standgericht auf Todesstrafe zu erkennen. Gegen die Urtheile des Standgerichts findet kein Rechtsmittel statt und ein dagegen eingebrachtes Gnadengesuch hat nie aufschiebende Wirkung. Die Todesstrafe ist in der Regel zwei Stunden nach der Urtheilserfindung zu vollstrecken.

Unter Trommelschlag und Trompetenschall

wurde, wie aus Wien berichtet wird, in Prag das Standrecht verhängt, wie vor elf Jahren, wo ebenfalls am 2. Dezember die dieselbe Maßregel verhängt werden mußte. Die feierliche Grundsteinlegung für die deutsche Universität wurde deshalb verschoben. Bei den Ausfahrten der letzten Tage waren vielfach serbische Studenten und sonstige serbische Staatsangehörige hervorgetreten und hatten die Menge angefeuert.

Ferner wird noch gemeldet:

Prag, 2. Dez. Gleichzeitig mit der Verhängung des Standrechts wurden durch Bekanntmachung der Polizeidirektion alle Ansammlungen auf den Straßen untersagt, die Schließung der Hauptpforten von 8 Uhr abends an verfügt und jedes öffentliche Tragen von Vereins- und sonstigen Abzeichen verboten.

Reise Breslauer Studenten nach Prag.

Breslau, 2. Dez. Die Vertreter von 38 Breslauer studentischen Korporationen sind gestern zur Unterstützung der deutschen Studenten gegen die tschechischen Lebergriffe nach Prag abgereist. Am Breslauer Hauptbahnhof war der Rektor Magnificus erschienen, der im Auftrage des Kultusministers gegen die Fahrt sein Veto einlegte. Trotzdem reisten die Studenten ab.

Die Spannung zwischen Italien und Oesterreich.

Das Trentino als Kompensation für Bosnien?

Wahrscheinlich wie der französische Chauvinist niemals aufhört zu behaupten, daß die Rückübertragung von Etsch-Lothringen zu Italien, können gewisse Kreise in Italien die Öffnung auf die Abtretung Tirols, des sogenannten Trentino, nicht aufgeben. Nach den Neußerungen des Abgeordneten Barzilai in der Kammer hätte Oesterreich auf Grund eines Geheimvertrages für jede Gebietsvergrößerung Italien eine Entschädigung und speziell für die Annexion Bosniens und der Herzegovina die Abtretung des Trentino zugesagt. Der offizielle „Popolo Romano“ teilt daraufhin mit, daß die Entschädigung Barzilai's nicht den Tatsachen entspricht.

Erbauliches aus Ausland.

Wie aus Petersburg berichtet wird, erregt ein Raubakt des Marineministers großes Aufsehen. Durch ministerielle Verfügung wird General Alexejew wegen „gemaltämiger Erpressung von Geldern im Staatsdienst“ unter gerichtliche Anklage gestellt werden. General Alexejew hat durch seine Entlassungen über die Tätigkeit des Marineministeriums bei den russischen Delegationen in der Kammer Wenzel unter dem Pseudonym „Butus“ erschienen, große Popularität erlangt, da er die fürchterlichen Mißbräuche des berüchtigten „technischen Comité“ aufdeckte. Bald darauf mußte Butus seiner Artikel wegen den Abschied nehmen.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Papst hat, wie aus Rom gemeldet wird, eine gute Nacht gehabt. Sein Leibarzt Petraci fand ihn besser, doch ist dem Verlassen des Bettes noch lange keine Nebe.

Nach einer Meldung der Pariser „Gazette“ hat der Militärtribunal des Schiedsgerichts, das über den Zwischenfall von Casablanca entschieden soll, seine Wafel getroffen und zum französischen Delegierten Louis Renault ernannt, der schon Mitglied des Haager Tribunals ist.

Das schwedische Gesetz entfällt, wie aus Stockholm gemeldet wird, ein Gesetz über die Befreiung ausländischer Militär- und Künstler, monach unter anderem Orchestermeister 10 Prozent ihres Einkommens, mindestens aber 50 Dore täglich zahlen müssen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 3. Dezember.

Die Landung des Ballons „Repsol“.

Wie uns in später Nachtstunde telegraphisch mitgeteilt wird, ist der Ballon „Repsol“, der gestern vormittag um 10 Uhr mit vier Insassen hier aufgestiegen war, in Asteina bei Friedland in Böhmen, 2 Stunden von Górzlik glücklich gelandet.

Verein zur Förderung des Fortbildungsschulwesens.

In der jüngsten Sitzung des Vereins konnten nur die Berichte über den 2. heutigen Fortbildungsschuljahr in Braunfingeweg erledigt werden, der Vortrag des Herrn Baupolizei-Assistenten Paul über „Voraussetzungen im Bauwesen“ mußte zum Behauern der Anwesenden der vorgedruckten Zeit wegen auf die nächste, nach Weihnachten stattfindende Vereinssitzung verschoben werden.

In den Bericht hatten sich die zwei nach Braunfingeweg entsandenen Vertreter des Vereins gestellt. Herr Rektor König hat berichtet über den Arbeitserfolg der Verammlung, die drei Vorträge, Herr Lehrer Ernst Dito über die Ausstellungen und festlichen Veranstaltungen zur Unterhaltung der Schüler des Fortbildungsschuljahres. Von dem Berichte über die Vorträge erregte namentlich derjenige über den Vortrag des Geheimen Hofrats, Universitätsprofessors Dr. Stieba, Leipzig, über „Die Entwicklungsmöglichkeit des deutschen Handwerks“, der schon in den Zeitungen wegen seiner das Handwerk mit schweren Vorwürfen belastenden Ausführungen scharf kritisiert worden ist, das Interesse der Verammlung, vor allem der in der Vereinssitzung anwesenden Vertreter der Handwerkskammer und des Innungsvereins.

In der kurzen, sich anschließenden Widerspruch kam man zu dem Ergebnis, sich mit den Ausführungen des Vertreters des preussischen Handelsministeriums, des Landesgemerbeaters Dr. Kühn, Berlin, solidarisch zu erklären. Dieser stellt den

Standpunkt der preussischen Regierung

folgendermaßen fest: „Die Regierung habe das Zutrauen, daß unsere Handwerker selbst die Erziehung und Ausbildung des jungen Handwerkers in die Hand nehmen werden und ihn so erziehen, wie es im volkswirtschaftlichen Interesse ihres Standes liegt. Durch den kleinen Fortbildungsnachweis wollen sie dies bekunden. Die Ausbildung durch die Fortbildungsschule müsse neben der Lehre hergehen, die Grundlageschule bleibe aber die Ausbildung durch den Meister.“

Zum Schluß machte Herr Rektor König auf eine vor kurzem in Berlin abgehaltene Verammlung des Berliner Rektorenvereins, an der sich auch die Obermeister der verschiedenen Innungen beteiligten, aufmerksam. Wegen der großen Wichtigkeit des dort zur Verhandlung gekommenen Gegenstandes nicht nur für unsere Jugend, sondern auch für das Handwerk selbst, soll auch an dieser Stelle ausführlich darüber berichtet werden. Herr Rektor Vogel sprach über

„Die Pflichten der Schulen, sowie des Handwerks gegenüber der schulentlassenen Jugend.“

Er betonte, daß die Schule nur dann ihre Aufgabe richtig erfüllen, wenn sie auch Sorge dafür trage, daß die aus der Schule zur Entlassung gelangenden Knaben und Mädchen einer ordnungsmäßigen Lehre übergeben würden, denn nur diese sei in der Lage, die jungen Leute vor den großen Gefahren des Lebens zu schützen und sie in ihrem Charakter zu festigen. Diese Aufgabe sei aber nur in Gemeinschaft mit den Vertretern des Gewerbes zu lösen. Der Referent fasste seine Ausführungen in folgende Thesen zusammen:

1. Die Berliner Rektoren sind bereit, die ihnen unterstellten Lehrer zu veranlassen, zunächst diejenigen Knaben, welche die Schule verlassen, auf die Bedeutung einer ordnungsmäßigen Knaben-Handwerkerschule schon lange vor der Entlassung dieser Knaben aus der Schule aufmerksam zu machen.
2. Am aber auch die Eltern dieser Knaben für die Frage zu interessieren, solle letztere eine Probe für die Kenntniserlangung für dieselben an die Hand gegeben werden, in der in kurzen und prägnanten Jagen die Verhältnisse der einzelnen Gewerbe einschließlich der Jetztzeitentfaltung, sowie die Aufgaben dieser Berufe geschildert werden.
3. Die Lehrer stellen ein Verzeichnis auf, aus welchem die Meldung für die einzelnen Gewerbe ersichtlich ist.
4. Die Berliner Innungen geben ihrerseits ein Verzeichnis der für das nächste Halbjahr dankbaren Lehrstellen.
5. Der Rektorenverein, sowie der Innungsausschuß zu Berlin errichten einen gemeinsamen Stellennachweis für Lehrkräfte und betrauen einen nach zu wählenden Ausschuss mit der Vermittlung.
6. Die entstehenden Kosten werden von den Berliner Innungen getragen.
7. Beide Korporationen wollen dafür Sorge tragen, daß die

schulentlassenen Jugend unter Aufsicht der Lehrerschaft zu Jugendclubs organisiert und diesen Vereinigungen Schulräume von der Schulverwaltung überlassen werden.“

Der Vorsitzende des Innungsausschusses machte darauf aufmerksam, daß es vielleicht für Halle rasam sei, die aus der Schule zur Entlassung kommenden Schüler, die jedes Jahr zu Dierern stattfindende Gesellschaftsausstellung besuchen zu lassen, da dadurch wohl in manchem Schüler beim Anblick der lauber ausgeführten Arbeiten die Lust zum Handwerk erweitert würde.

Der Verein der Liberalen in Halle und dem Saalkreise.

häft, wie nochmals hervorgehoben sei, seine Monats-Versammlung an diesem Freitag, abends 8½ Uhr im kleinen Saal der „Kaiseräle“, ab. Der Reichstagsabgeordnete, Herr Prof. Dr. Doormann, spricht über: „Die jüngsten Vorkommnisse im Reichstag.“ Alle Parteifreunde sind zu dieser Versammlung willkommen.

Verein für Erdkunde.

Am Dienstag hielt der Sächsisch-Thüringische Verein für Erdkunde in Gemeinschaft mit dem Naturwissenschaftlichen Verein den 2. Vortragsabend im Auditorium Maximilianum.

Herr Prof. Dr. Philippson eröffnete die Sitzung und dankte für die Spende des Herrn Hofbuchbinders Kammerer, die dieser im Betrage von 100 M. dem Verein überlassen hatte. Sodann erteilte er das Wort Herrn Dr. Tafel zu seinem Vortrag über seine Reisen in Ost- und Zentralasien, die dieser in den Jahren 1904, 1905-07 unternommen hat.

Von seiner Operationsbasis Sining aus unternahm Herr Dr. Tafel verschiedene Expeditionen in das östliche Tibet. Wir konnten an der Hand der ausgezeichneten Lichtbilder den Forscher auf seinem Wege begleiten. Mannigfache Ueberfälle, zunächst am Kufunator und später im Hoanghoquegebiet, legten der Expedition ungeheure Schwierigkeiten auf. Herr Dr. Tafel konnte jedoch neben einer Fülle wissenschaftlicher Beobachtungen feststellen, daß die von Nordwest nach Südost streichenden Gebirgszügen Nordtians den spärlichen paläontologischen Funden nach carbonen Alters sind. Sie bestehen zumeist aus Quarziten und Graniten, jedoch finden sich auch hin und wieder Korallenkalzonen. Für sehr wahrscheinlich hält er der Vortrage, daß der Oberlauf des Hoangho früher dem Yangtse tributär war.

Auf seiner letzten Rundreise hatte Herr Dr. Tafel noch Gelegenheit, Einblicke in die bis 7000 M. Höhe folgenden Klösterlande zu tun, die er uns auch in Lichtbildern vorführte. Reicher Beifall lohnte die hochinteressanten Ausführungen.

Kuglerordenständiger Verbandstag des Verbandes mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten.

Man schreibt uns:

Die größte deutsche Beamtenvereinigung des Verbandes der mittleren Postbeamten hält heute in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab. Vormittags werden die Verbandstagsbelegierten tagen und abends wird in einem der größten Lokale Berlins, der Brauerei am Friedrichshain, eine Mitgliederversammlung abgehalten werden, zu welcher sämtliche Reichstagsabgeordnete und Vertreter der Behörde eingeladen sind. Die Tagungen des außerordentlich mutterschaft organisierten, sich hochentwickelter sozialer Einrichtungen erfreuenden Verbandes begegnen überall den lebhaftesten Interesse, was diesmal um so größer sein wird, weil der Verbandstag der Ausdruck der in den Kreisen der mittleren Postbeamten herrschenden Erregung über die unangenehme Besoldungsaussichten sein wird. Die Postbeamten empfinden die Benachteiligung gegenüber den preussischen Beamten bitter. Die Postverwaltung vertritt die berechtigten Wünsche der Beamten; konnte aber bisher den Widerstand Preußens nicht beiseitigen. Die Postbeamten sehen nun ihre Hoffnung auf den Reichstag, der sich wiederholt als ein effizienter Vertreter der Forderungen der Postbeamten gezeigt hat. Daß auch diesmal sämtliche Parteien des Reichstages die durchaus berechtigten Wünsche vertreten werden, unterliegt wohl kaum einem Zweifel. Die Veranstaltung wird ausschließlich unter dem Zeichen der Besoldungsfrage stehen.

Der Antrag, namentlich zu der Verammlung am Abend wird ein gewaltiger werden. Nicht nur die Berliner Postbeamten, soweit sie benachteiligt werden, erscheinen zahlreich, sondern auch Hunderte aus dem Reich werden nach Berlin eilen, um durch eine maßvolle Kundgebung Volksvertretung, Regierung und Besoldungsaussicht auf die gerechten Wünsche der Postbeamten aufmerksam zu machen.

Der Leipziger und Halle'sche Ortsverein stellen einen Extraauszug auf Vereinstag. Aus Halle werden etwa 100 Postbeamte vertreten sein. Als offizielle Vertreter sind die Herren: Altermann, Deltus, Helmcke, Klau, von Grinshagen und Kirchhof gewählt worden. Ueber den Verlauf des Verbandstages werden wir ausführlich berichten.

Des Kaisers Antwort. Auf den telegraphischen Huldigungsgruß, den die Generalverammlung der „Evangelischen Frauenhilfe“ für Sachsen-Anhalt am 27. November von Magdeburg aus an die Kaiserin geschickt hat, ist folgende Antwort eingelaufen:

„Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben das freundliche Huldigungstelegramm anlässlich der Generalversammlung der Frauenhilfe gern entgegengenommen, lassen bestens dafür danken und wünschen für die dem Volke so notwendige und heilsame evangelische Liebesarbeit reichen Gottes Segen.“

Am Allerhöchsten Auftrage von Behr. Finnow, Kabinettsrat.

Der Tierchutzverein Halle und Umgebung hielt gestern Abend im Hotel „Reichshof“ seine diesjährige Generalversammlung, in der der Vorsitzende zunächst den Gesellschaftsbericht über das verfllossene Vereinsjahr erstattete. Dem Bericht gehörten, ausserdem 330 Mitglieder an. In seiner Rede gab er es wohl zu bedenken, daß sich in Cottner, Naumburg und Nordhausen neue Tierchutzvereine gebildet haben. Das Tierarzt Halle hat in der letzten Zeit lohnigste Arbeit geleistet, doch an eine Abschaffung der Vereinsgebühren gedacht werden kann. Um den Tierquälereien aus den Straßen wirksamer entgegenzutreten zu können, hält der Verein einen Kontrollbeamten; an einigen freien Stellen der Stadt sind außerdem vom Verein Schilder mit der Aufschrift: „Schonet die Zugtiere“ angebracht worden.

Aus dem Kasernenbericht des Herrn Mauermeister Friedrich geht hervor, daß eine Jahresausgabe von 4034 M. eine Einnahme von 5555 M. gegenübersteht, so daß sich ein Ueberschuß von 1521 M. ergibt. Den Bericht über das Tierarzt gibt sodann Herr Oberlaboveterinär

Lezte Nachrichten.

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 2. Dez. Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begann heute die Beratung der Änderungsanträge zum Einkommensteuergesetz. Es lag ein konservativer Antrag vor, der bis zur endgültigen Regelung der Finanzlage einen Steuerzuschlag fordert. Ein nationalliberaler Antrag will den Zuschlag nur für 1900 und 1910 gelten lassen. — Der Finanzminister gibt eine Darstellung von der schwierigen Finanzlage und den Etatsverhältnissen. Der Etat für 1909 wird mit 150 Millionen Defizit abschließen; für 1909 künden etwa 774 Millionen Ausgaben bevor, für 1917 etwa 1100 Millionen. Die Einnahmen würden etwa 700—818 Mark betragen, die sich um jährlich 3—4 Prozent heigern würden. Bei dieser Situation könne die Regierung nicht darauf verzichten, neue Mittel zu erheben. Der freikonservative Antrag sei daher annehmbar. Nach Staatsministerialbefehl händen und sieben die Besoldungs-Erhöhungen mit Bewilligung der Steuern.

Porto-Ermäßigung zwischen Deutschland und Nordamerika.

Berlin, 2. Dez. Die Reichspostverwaltung wird heute durch Vermittelung des kaiserl. deutschen Gesandten in Washington mit dem Generalkonsul in New York der Vereinigten Staaten von Amerika eine Vereinbarung dahin treffen, daß für die zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika auf dem direkten Seewege auslaufenden frankierten Briefe vom 1. Januar 1909 ab in der Richtung aus Deutschland eine Lage von 10 Pf. für jede 20 Gramm und in der Richtung aus den Vereinigten Staaten von Amerika eine solche von 2 Cents für jede Unze herabgesetzt wird, während für unfrankierte Briefe das Doppelte dieser Höhe zu entrichten sein wird.

Das Jubiläum des Kaisers Franz Josef.

Wien, 2. Dez. Der Kaiser empfing um 1½ Uhr den Kriegsminister Schönath, den Landesverteidigungsminister v. Georgi, den Staatssekretär v. Bolger als Vertreter des erkrankten Innenministers und den Chef der Marine-Section Grafen Montecuccoli. Schönath überreichte namens der Wehrmacht ein Jubiläumsgeld und hielt eine Ansprache. Der Kaiser betonte in seiner Erwiderung, daß in den schweren Sorgen, die ihn bedrückten, die Wehrmacht einen Lichtblick bilde.

Am Nachmittag fand ein Familienbündel statt, an dem alle in Wien anwesenden Erbprinzen und Erbprinzessinnen teilnahmen.

Die Prager Bezirke.

Prag, 2. Dez. Eine zwei Mann starke Wache zu Pferde wurde heute vormittag um 1½ Uhr von etwa 150 jungen Burshen angefallen und mit Steinen beworfen. Die Wache hatte den Trupp auseinander, der die Straße querriff. Als Polizeimannschaften erschienen, hatten die Exzessanten bereits das Weite gesucht.

Prag, 2. Dez. In den ersten Vormittagsstunden sammelte sich eine große Volksmenge auf dem Graben an. Als die Couletridenten erschienen und den Bummel beginnen wollten, entlief ein riesiger Tumult. Da die Studenten vom Bummel nicht absehen wollten und die Erregung immer mehr wuchs, wurde zur Räumung des Grabens geschritten; der Graben blieb abgeperrt und wurde erst nach ½ Uhr wieder freigegeben.

Das Standrecht in Prag.

Prag, 2. Dez. Um 1¼ Uhr nachmittags wurde in den Straßen von Militärabteilungen das Standrecht bekannt gegeben. Die Deutschen sind angenehm berührt davon, da sie hierin die einzige Möglichkeit sehen, ihr Leben und ihr Vermögen zu schützen. Die Tschechen weisen darauf hin, daß infolge des Standrechtes auch das Fortbewegen der Studenten und der offizielle Bummel unmöglich gemacht sei.

England und die Boykottierung Oesterreichs.

London, 2. Dez. Die Meldung, das England bei der Thüre wegen der Boykottierung Oesterreichs Ungarns Schritte getan hätte, ist nicht zutreffend. England ist es nicht richtig, daß England Oesterreich gegenüber irgendwem wegen des Anhaltens serbischen Materials an der Grenze sich ins Mittel gelegt hätte. Nach Ansicht der maßgebenden Londoner Kreise wäre das beste Mittel zur Beseitigung des Boykotts eine direkte Verhandlung zwischen der tschechischen und österreichischen Regierung.

Die Preßischen Verhaftungswesen.

Lehran, 2. Dez. Ein abermaliges durch Maueranschlag verurteiltes Manifest des Schachs, das die Nichtberufung der Medschlis mittelst, hat die russische und englische Gesandtschaft daranlaßt, von neuem zu protestieren.

Täbris, 2. Dez. Hier fanden heute die Neuwohlen zum höchsten Endguthum statt. Gewählt wurden 6 Kaufleute und 4 Geistliche.

Schiffsuntergang.

Kobe, 2. Dez. Einer Lloyd-Meldung zufolge ist der Dampfer „Ginjei Maru“ auf der Höhe von Weizheim untergegangen. Es soll niemand gerettet sein.

Unterhaltungsblatt.

Remeis, Roman von B. v. Lenden. (Fortsetzung.) — Eine Stübe des Hausherrn. Humoreske von Emil Pfeislan (Schluß). — Bunte Zeitung: Wilhelm Humboldt über Schiller, Gadow und der Schüller. Die Hambe und die Wuff. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: F. S. Gwin; Alexander Kabig; für den Inzeratenteil: Friedrich Gendrat; Druck und Verlag von Otto Sündel.

In Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Teilscher. Im ganzen Jahre wurden insgesamt 872 Tiere, hauptsächlich Hunde, eingeliefert. Infolge dieser Frequenz ist eine Vergrößerung des Hofes dringend notwendig. — Die Anträge des Vorstandes, für die Verteilung der Tierpflegerinnen 100 Mk. und für Fortgehörten, die Tierpflegerinnen zur Ansehung bringen, besonders Fütterung von 125 Mk. zu bewilligen, werden angenommen. Zum Schluß der Versammlung schiederte Herr Gehelmann Benz die ausgedehnten Vorgesandten des Schach.

Kreisverein Halle des Deutschen Gewerbe- und Fabrikanten-Vereins. Der Verein beschloß, wie vor mehreren Jahren, wieder ein Werkbeise herauszugeben. Die am Sonnabend abend in Gergels Feins und Bierhaus stattfindende Versammlung wird sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Zu dieser Versammlung hat in freundlicher Weise auch Herr Rechtsanwält Dr. jur. Schiller hier einen Vortrag über einige interessante Straffälle zugestimmt. — In Kürze eröffnet der Verein neben seinen Klassen in Gelehrtenstudium und in Stenographie einen dritten im Erlernen des Maschinenschreibens.

Zweigeverein Halle des Deutschen Gewerbe- und Fabrikanten-Vereins. Am Sonntag nachmittag findet die diesjährige ordentliche Generalversammlung im „Katteler“ statt. Dieselbe wird sich mit Vorstands- u. w. Wahlen und dem im Mai nächsten Jahres hier stattfindenden Delegiertenkongress (Verbandsstag) beschäftigen, auch Bericht über die letzte Sitzung des Kreises 8, zu dem der hiesige Verein gehört, sowie die Stellung der hiesigen Zweigevereine angeht, und die Stellung für über gegen die zu bildende Verbandstanzstelle erregt.

Hundertjahrfeier. Die 2. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 4 feiert am 21. Februar 1909 den Tag ihres 100jährigen Bestehens. Alle ehemaligen Angehörigen der Kompanie werden zur Teilnahme an der Feier aufgefordert und gebeten, ihre Adresse mit einer Angabe, wann und in welcher Stellung sie der Kompanie angehört haben, an die sie bis spätestens 15. Dezember einzufenden.

Die Monatsversammlung des Kameradschaftlichen Kriegervereins zu Halle-Giebichenfelden fand Sonnabend, pünktlich 8 Uhr abends im Vereinslokal „Adlerberg“ statt.

Der Kunnerverein „Freien“, der seit einigen Jahren infolge Auflösung des Inneren Waldweges aus Gausanischlag ist, will sich jetzt dem Nordostthüringer Turngau, Kreis XIII (Ehringen) anschließen.

In neuer Sammelheft für Halle muß es heißen: „Sammlung der freiwilligen Sanitätskolonnen des 1870er Bahnhofs-Batons-Vereins zu Halle a. E. 17 Mk.“

Selbstmord. Jährlich Göttele von den hiesigen Herrn hat sich gestern in der Kaserne aus unbekanntem Grunde erschossen.

Wetterregeln für Dezember. It's zu Weihnacht warm und hell, kommt zu Stern Schnee und Wind. — It die Frühnacht feind und klar, folgt ein reich gefogener Jahr. — It der Winter warm, wird der Bauer arm. — Grüne Weihnacht, weiße Dorn.

Gerichtsverhandlungen.

W. Danzig, 2. Dez. (Privattelegramm.) Das Schounggericht verurteilte den Gymnasial-Professor Wippertmann aus Fr.-Stargard wegen Verstoßes im Amte unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis. (Wippertmann hatte amtliche Gelder in Höhe von 23 000 Mark unterschlagen und die Bücher gefälscht.)

Elfurt, 1. Dez. (Wegen Baumfällens) verurteilte heute die Strafkammer den Arbeiter Ernst Frieber aus Greußen zu drei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte auf der Gasseis bei Grünlingen 16 junge Ochsenmäde abgehornt.

Provinzial-Nachrichten.

Stadtordnungenwahlen.

Maguhn, 1. Dez. Bei der gestrigen Stadtordnungenwahl legten die Kandidaten des Bürgervereins, des Christlich-Deutschen Gewerbevereins und der nationalen Arbeiterschaft. Die drei sozialdemokratischen Kandidaten unterlagen.

Zeitz, 1. Dez. Nach heutigem Wahlkampf sind gestern die Wähler gefallen zu Gunsten der sozialistisch-demokratischen Liste.

Größitz, 1. Dez. Bei der Stadtordnungenwahl wurde die bürgerliche Liste gewählt. Die Sozialdemokraten blieben in der Stimmenzahl stark zurück. Von 307 wahlberechtigten Bürgern übten 203 ihr Wahlrecht aus; das sind nahezu 84 Prozent. Eine derart starke Beteiligung an der Stadtordnungenwahl ist hier noch nie dagewesen.

Zeitz, 1. Dez. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl wurde in der dritten Klasse der Sozialdemokrat gewählt.

Internationale Interzession.

Weihensels, 1. Dez. Eine internationale bienenwirtschaftliche Ausstellung, die der deutsche Imkerbund und die Wandervereinigung deutscher, österreichischer und schweizerischer Bienenwirte veranstaltet, findet hier im Frühjahr 1909 statt. Es werden gegen 1000 Bienenzüchter hier erwartet.

Dommitzsch, 1. Dez. Einen bedauerlichen Unglücksfall erlitt der Rittergutsbesitzer Müller aus Rittergut Comenbe. Beim Ausstellen eines Stalles funktionierte der dabei benutzte Kalkspray-Apparat nicht. Bei den Bemühungen, den Apparat wieder in Ordnung zu bringen, lag Herr Müller plötzlich die ganze Füllung besender Flüssigkeit ins Gesicht, sodas er erhebliche Verletzungen des ganzen Gesichtes erlitt.

Cherleschen, 2. Dez. (Das verschwundene Dienstmädchen Müller) hat einen Brief an ihre Schwester in Bennungen gerichtet, worin sie mitteilt, daß sie den Tod im Wasser suchen werde. Nachforschungen waren bisher ergebnislos.

Arten, 2. Dez. (Die hiesige Zuckerrübe) beendet vorgestern abend die diesjährige sehr kurze Kampagne mit einer Totalerarbeitung von 1 089 664 Zentner Rüben.

Hiere (Schönebeck), 1. Dez. (Auenfund.) Auf einem Auenfeld des Gutsherrn Boll hier lag ein Hund mit Wunden auf einen größeren Stein. Als man ihn nun mit großer Mühe herausgebracht hatte, bemerkte man, daß darunter Scherben lagen. Es richteten nun einer großen Urne her, die beim Herausziehen des Steines zusammengefallen war. Nach weiterer Durchsichtung fand man noch eine kleine

Urne, die aber leider auch etwas beschädigt ist, und Knochenreste. Die Urnen waren von Steinen umstellt, auf denen der große behauene Stein lag. Vor vielen Jahren sollen auf demselben Auenfeld schon einmal Urnen gefunden worden sein.

Besau, 3. Dez. (Volksversammlung.) Herr Reichstagsabgeordneter Schröder wird hier am Freitag in öffentlicher Versammlung über „die politische Lage in Preußen“ sprechen.

Röthen, 2. Dez. (Einen Storch) hielt seit Jahresfrist Herr Schmiedemeister Hemmo in seinem Gehöft an der Promenade. Das Tier hatte sich feinerzeit erkrankt auf dem Dache des Hiesigen Hauses niedergelassen, von wo es Herr Hemmo herabholte und in Pflege nahm. Nach kurzer Zeit war der Storch so jahn, daß er ohne Schen fer umherflogerte, sich von jedermann anfaßen und füttern ließ und besonders den Kindern viel Vergnügen bereite. Zum Leidwesen der Letzteren ist jetzt „Meister Langheim“ dem Zoologischen Garten zu Halle als Geschenk überwiefen worden.

Vermischtes.

Das Verhör gegen Frau Steinhil.

Ueber den weiteren Verlauf der Vernehmung der Frau Steinhil wird dem „S. L.“ aus Paris gemeldet:

Das erste Verhör der Frau Steinhil dauerte von 2 bis 7½ Uhr abends. Frau Steinhil wurde von dem Advokaten Rubin unterstellt, der sich also nicht, wie ein vorerliges Gerücht wiffen wollte, von ihrer Sache getrennt hat. Das erste Wort der Witwe war ein Protest gegen ihre Inhaftierung, die sie verheißt, die Wüder weiter zu suchen. Der Richter mußte den Redebolm mit höflicher Energie unterdrücken. Er verfuhrte dann, sich zunächst über die Jugend und die Ehe der Frau Steinhil zu informieren. Nach ihren Aussagen wurde sie gegen ihren Willen, hauptsächlich auf Betreiben ihrer Mutter, als achtzehnjähriges Mädchen mit dem vierzigjährigen Steinhil verheiratet. Steinhil arbeitete fleißig. Er verdiente aber nicht viel. Die junge Frau liebte Glanz und Gesellschaft. Schon in den ersten Jahren gab es Fierwürfnisse. Eine ernste Spaltung trat jedoch nach der Aussage der Frau erst ein, als sie dahinter kam, daß ihr Mann in einem Latein verfallen war. Bei diesem Teil der Vernehmung spielte Frau Steinhil sehr geschickt eine Komödie, sie weigerte sich, das Andenken des Toten zu beschwören. Sie weint und ringt die Hände. Sie bringt aber durch Andeutungen den gemündsten Effekt hervor, noch schlimmeres erraten zu lassen, als sie ausspricht.

Aus der Abneigung gegen den Gatten sind die Verhältnisse zu erklären, die Frau Steinhil nicht festgelegt. „Nennen Sie die Namen.“ sagt der Untersuchungsrichter. Frau Steinhil ist empört. „Über Herr Richter, Sie ein Genantener, können Sie etwas von einer Dame verlangen?“ Der Richter macht ihr klar, daß sein Amt ihm jede Galanterie verbiete. Er verächtet, aber doch vorläufig auf die Represselle. Frau Steinhil sagte weiter aus, die Ehe wurde durch die Scheidung beendet, die sie nicht erlangen konnte; sie bereite damit schon für spätere Eventualitäten der Behauptung vor, daß eine gewalttätige Trennung durch eine Morbtat unndtig war. Diese Frau bemitt, daß sie sehr jähzornig und den Plan des Richters rath durchnacht hat. Sie bringt es durch ihre Ruhe fogu dahin, den Richter ärgerlich zu machen. Das geschieht, als sie immer wieder behauptet, Steinhil hätte von den Escapaden seiner Frau nichts gewußt. Seit Jahren waren sie nur gesellschaftlich im Verkehr gewesen. Sie habe ihre Einnahmen gehabt, er die seinen. Keiner hatte sich um den anderen gekümmert. Alles das ist darauf bezogen, die Morbtat als überflüssig, fogar als widersinnig erscheinen zu lassen; Frau Steinhil weiß nicht, daß diesen Befundungen die Aussagen von Marietta Wolf und Herrn Borber entgegenstehen.

Der Kronprinz auf der Berliner Hofbahn. Während der Kaiser die Hof- und Untergrundbahn bekanntlich nur auf einer Fahrt im letzten Extrazug kennen lernte, benutzten gestern der Kronprinz, der österreichische Thronerbintrag, und die Kronprinzessin in Gesellschaft von zwei Damen den fahrplanmäßigen Hofbahzug, der, von Weßen kommend, um 12 Uhr 10 Minuten mittags auf der Station Leipzigerplatz eintraf. Kronprinz und Kronprinzessin nahmen an der Station Sophie Charlottenplatz in einem vollbesetzten Nichtraucherwagen zweiter Klasse Platz. Als der Zug das Gleisdreieck passierte, meinte der Kronprinz, seine Gemahlin auf die technische Anlage hinweisen: „Geniale Sache das!“ Am Leipzigerplatz verließen Kronprinz und Kronprinzessin den Wagen und begaben sich zum Potsdamer Bahnhof. — Von anderer Seite wird uns noch berichtet: Die Fahrt des Kronprinzen auf der Hofbahn war durch einen Defekt am kronprinzlichen Automobil verursacht worden. Der Kronprinz unterbrach seine Fahrt auf der Döberitzer Heerstraße und fuhr vom Untergrundbahnhof Sophie Charlottenplatz mit dem fahrplanmäßigen Zug 11 Uhr 50 Min. nach dem Bahnhof Wismarstraße. Hier hier um und letzte die Fahrt über die ganze Westfälische Strasse bis zum Bahnhof Leipzigerplatz fort.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.		Fall		Wuchs	
Ort	1. Dez.	2. Dez.	1. Dez.	2. Dez.	3. Dez.
Artern, Unterpögel	+0,89	+0,85	—	—	—
Nebra, Unterpögel	+2,02	+3,92	—	—	—
Weissenfels, Oberpögel	+1,50	+2,84	—	—	—
Weissenfels, Oberpögel	+3,49	+3,40	—	—	—
Trotha, Unterpögel	+0,08	+0,00	—	—	—
Alaloben, Oberpögel	+1,86	+1,54	—	—	—
Alaloben, Oberpögel	+1,24	+2,84	—	—	—
Beraburg, —	+1,30	+1,20	—	—	—
Beraburg, —	+0,82	+0,78	—	—	—
Kalbe, Oberpögel	+1,48	+1,44	—	—	—
da, Unterpögel	+1,48	+1,42	—	—	—

Isar, Eger, Elbe, Moldau.

Isar, Eger, Elbe, Moldau.		Fall		Wuchs	
Ort	1. Dez.	2. Dez.	1. Dez.	2. Dez.	3. Dez.
Budweis, —	+0,16	—	—	—	—
Prag, —	+0,10	—	—	—	—
Jungbunzl., —	+0,10	—	—	—	—
Laun, —	+0,02	—	—	—	—
Parabitz, —	+0,89	—	—	—	—
Brandis, —	+0,32	—	—	—	—
Melnik, —	+0,70	—	—	—	—
Lusternitz, —	+0,84	—	—	—	—
Aussig, —	+0,81	—	—	—	—
Desuden, —	+1,48	—	—	—	—
Torgau, —	+2,00	—	—	—	—
Wittenberg, —	+0,99	—	—	—	—
Rosslau, —	+0,88	—	—	—	—
Barby, —	+0,68	—	—	—	—
Magdeburg, —	+0,70	—	—	—	—
Pangermünde, —	+0,92	—	—	—	—
Wismar, —	+0,70	—	—	—	—
Domitz, Pögel, —	+0,14	—	—	—	—
Hohnsori, —	+0,39	—	—	—	—
Launburg, —	+0,65	—	—	—	—

